

★ TOP



Wie in Mannheim soll nach dem Willen der Bundesregierung in vielen Städten das Fernwärmenetz ausgebaut werden. (Foto: MVV Energie AG)

FERNWÄRMEGIPFEL

Bund will 100.000 Haushalte jährlich ans Wärmenetz bringen

Berlin (energate) - Mit einem deutlich beschleunigten Ausbau der Wärmenetze soll sich die Anzahl der angeschlossenen Gebäude bis 2045 gegenüber heute in etwa verdreifachen. Dieses Ziel beschlossen die Teilnehmenden des sogenannten Fernwärmegipfels der Bundesregierung. Die Bundesministerien für Wirtschaft und für Bauen hatten knapp 30 Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden sowie Gewerkschaften eingeladen. Diese unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung, wonach mittelfristig jährlich mindestens 100.000 Gebäude neu an Wärmenetze angeschlossen werden sollen. Zur Einordnung: Bislang werden lediglich rund 14 Prozent aller Wohnungen in Deutschland mit Fernwärme versorgt. 2022 waren es ca. 6,1 Mio. Wohnungen. Der Anteil erneuerbarer Energien liegt in der Fernwärme bei nur rund 20 Prozent.

Über den Entwurf der Abschlusserklärung hatte energate im Vorfeld berichtet. Auch die endgültige Erklärung enthält unter anderem eine Formulierung, wonach die Anwendung eines Anschluss- und Benutzungszwangs möglichst vermieden werden soll. Das Ziel sei es, stattdessen "die Attraktivität von Fern- und Nahwärme für Neukund:innen zu steigern". "Attraktive Preise sollen Schwerpunkt der politischen Arbeit werden", sagte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) bei einem Pressestatement im Anschluss an den Gipfel. Und auch für Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) ist derzeit keine Änderung zum jetzigen Status notwendig. "Wir werden aber sicher eine Debatte über ein Nutzungsrecht haben", prognostizierte sie.

INHALTSVERZEICHNIS

★ TOPMELDUNG

Bund will 100.000 Haushalte jährlich ans Wärmenetz bringen 1

🏠 POLITIK

Erlösabschöpfung ist bald Geschichte 2

Heizungsgesetz offenbar auf dem Weg in den Bundestag 3

Europas Gaswirtschaft sieht Versorgungssicherheit nicht garantiert 3

🏢 UNTERNEHMEN

Vertriebsgeschäft hält Stadtwerke Krefeld auf Kurs 5

BNetzA weist Jura Strom zurecht 5

Thyssenkrupp plant Börsendebüt seiner Wasserstoffsparte 6

⚡ STROM

NEP: Stromnetzplanung wird teuer 6

BNetzA warnt vor mangelhaften Wechselrichtern 7

Kyon Energy und Obton wollen 600 MW an Speicherleistung installieren 7

Stadtwerke Düsseldorf stellen alle Tarife auf Ökostrom um "Auch 450 Mhz ist keine Wunderwaffe" 7

🔥 GAS & WÄRME

FNB Gas legt Umsetzungsbericht vor 8

Umfrage: Unternehmen planen grüne Wärmenetze 8

Deutsche Umwelthilfe klagt gegen Brunsbüttel-Anbindung "Die Regulierungsbehörde hat Entscheidungen umfassend zu begründen" 10

⚡ NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

Stadtwerke-Ladenetzwerk fordert schnellere Genehmigungen 11

Ammoniak-Cracker-Pilot in Rostock 11

Plugsurfing ermöglicht laden und parken 11

"Netzausbau muss dem Ladenetz vorangehen" 12

🇦🇹 ÖSTERREICH

"Mobilitätswende nur mit E-Fuels erreichbar" 13

Grünes Licht für Sanierung der Ennstalleitung 13

Verbund nutzt Analysesoftware für Energiespeicher 13

Preise: Gegenläufige Trends bei Kelag und Illwerken 13

Strompreise im Großhandel sinken 13

🔥 ⚡ ADD-ON INHALTE

Weitere Meldungen aus Ihren individuellen Add-ons

Ramona Pop, Vorständin des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (VZBV), plädierte ausdrücklich gegen einen Anschluss- und Benutzungszwang und stattdessen für mehr Wettbewerb in Fernwärmenetzen und mehr Einspeisungen Dritter. Die Erklärung zum Anschluss sei so formuliert, "dass man es so oder so lesen kann", sagte sie. Wahlfreiheit sei aber aus Sicht des VZBV wichtig. Insbesondere der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) hatte sich zuletzt hingegen offen gegenüber einem Anschlusszwang für Fernwärme gezeigt, damit sich der Ausbau für die Betreiber rechnet.

VKU-Geschäftsführer Ingbert Liebing begrüßte das Ergebnis des Fernwärmegipfels grundsätzlich. Die Fernwärme als Option zum klimaneutralen Heizen brauche aber mehr Zeit, mehr Geld und mehr Akzeptanz. Die gesetzlichen Regelungen müssten Kommunen und kommunale Unternehmen befähigen, die notwendigen Investitionen in den Ausbau und die Erzeugung sowie Erschließung klimaneutraler Wärmequellen zu stemmen. "Das Bundesprogramm BEW und die KWK-Förderung laufen 2026 aus und brauchen eine Anschlusslösung", sagte Liebing. Und auch Hansjörg Roll, Präsident des Fernwärmeverbandes AGFW, verlangt vor allem eine nachhaltige Förderung und sichere Rahmenbedingungen, wie er auf der Pressekonferenz zum Fernwärmegipfel betonte.

BDEW sieht Fernwärme auch im ländlichen Raum

Der Energieverband BDEW betonte, dass Fernwärme auch Potenziale im ländlichen Raum habe. Dieses muss auch bei der kommunalen Wärmeplanung berücksichtigt werden. "Für die Kundinnen und Kunden hat der Anschluss an ein Fernwärmenetz den Nutzen, dass der Fernwärmenetzbetreiber die Verantwortung für die Klimaneutralität der Wärmeversorgung trägt", sagte Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung. Und auch der Erneuerbarenverband BEE sieht Fernwärme als einen wichtigen Baustein der Wärmewende, bei der Deutschland viel aufzuholen habe. "Nach dem Gebäudeenergiegesetz, für das es dringend Klarheit braucht, muss nun auch die kommunale Wärmeplanung angegangen werden, denn die Branche ist mit Investitionen in Vorleistung gegangen und benötigt nun dringend Planungssicherheit", sagte BEE-Präsidentin Simone Peter zudem. Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) und die kommunale Wärmeplanung

sind eng miteinander verknüpft. So sieht der GEG-Entwurf eine Ausnahme vor, nach der dort, wo ein Fernwärmenetz geplant ist, neue Heizungen zunächst von der 65-Prozent-Erneuerbarenpflicht befreit sind. Eine solche Regelung findet sich nun auch in der gemeinsamen Erklärung zum Fernwärmegipfel: "Wenn ein Wärmenetzbetreiber einen solchen Ausbau verbindlich verfolgt, sollten daran interessierte Gebäudeeigentümer:innen, die sich an dieses Netz anschließen werden, von der Pflicht zum Einbau einer die 65-Prozent-Vorgabe für erneuerbare Energien erfüllenden Heizung befreit werden", heißt es darin.

Bezüglich einer Einigung zum umstrittenen Heizungsgesetz in der Ampel-Koalition wollte sich Habeck derweil nicht äußern. Es sei viel passiert, die Fragen seien beantwortet und politischer Einigung stehe aus seiner Sicht nichts im Weg, sagte er. "Aber man muss sie auch wollen und herstellen", so Habeck. Derzeit bremst der Koalitionspartner FDP eine Einigung beim GEG. Dieses müsste in dieser Woche im Bundestag verhandelt werden, um noch vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet werden zu können. Einem Zeitplan des Bundeswirtschaftsministeriums zufolge, der energate vorliegt, könnte die erste Lesung dafür am 15 Juni stattfinden. /ck
Von Carsten Kloth



POLITIK

ENERGIEPREISKRISE

Erlösabschöpfung ist bald Geschichte

Berlin (energate) - Zu Ende Juni läuft die Abschöpfung von Übererlösen am Strommarkt wie geplant aus. Laut Bericht zum zeitlichen Anwendungsbereich, der energate vorliegt, sieht die Bundesregierung keinen Grund, sie zu verlängern. Mit sinkenden Strompreisen und damit nur geringen Erlösen sei der Umsetzungsaufwand und der Eingriff in die Investitionsentscheidungen nicht mehr verhältnismäßig, heißt es dazu in dem Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums an den Bundestag. Die sogenannte Erlösabschöpfung hätte höchstens bis zum 30.

entLastmanagement[®] by Unigy

So geht's: Wir optimieren und traden für Sie 24/7 im „Algo-Rhythmus“ – All Assets, PPAs und Energieportfolios – holen das Beste für Sie raus und halten Ihnen den Rücken frei.

[Hier erfahren Sie mehr](#)

UNIGY[®]
Your Energy Optimizer

April 2024 verlängert werden können. Eine Verlängerung wäre demnach auch nur dann erforderlich, wenn die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten zugestimmt hätten. Ein entsprechender Vorschlag sei aber nicht erfolgt. Die Kommission hatte sich in einem Bericht am 5. Juni vielmehr deutlich gegen eine Verlängerung ausgesprochen. Das Bundeswirtschaftsministerium sieht die sichere Versorgung mit Strom mittelfristig gewährleistet. Die Strompreise am Spotmarkt seien seit Dezember 2022 deutlich gesunken. Der Abschöpfungsmechanismus habe zur Folge, dass bei sinkenden Spotmarktpreisen und Monatsmarktwerten die Einnahmen aus der Abschöpfung ausblieben. Vor diesem Hintergrund ließen sich die tatsächlich zu erwartenden Einnahmen aus der Abschöpfung kaum beziffern, heißt es im Bericht. Konkrete Aussagen zu den Einnahmen für die ersten Monate seien erst im August 2023 möglich.

Größere Verwerfungen am Strommarkt seien mit der Einführung des Strompreisbremsengesetzes bisher nicht zu beobachten, heißt es im Bericht weiter. Allerdings gebe es Signale, dass industrielle Verbraucher, die auf erneuerbare Energie angewiesen sind - beispielsweise auf Elektrolyseure zur Herstellung grünen Wasserstoffs -, vorläufig auf Neuinvestitionen verzichten könnten. "Um dem vorzubeugen, wäre die Regelung entsprechender Ausnahmen erforderlich, die allerdings zu Lasten der Einnahmen aus der Erlösabschöpfung gingen", so der Bericht.

Folge ist jetzt der Schlussstrich, den der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßt: "Wir haben immer gesagt: Aufwand und Ertrag stehen bei der Erlösabschöpfung in keinem Verhältnis", sagte VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing. Bei Betreibern und Investoren sei zudem ein großer Vertrauensverlust entstanden. "Das ist umso schmerzlicher, weil für die Energiewende hohe Investitionen notwendig sind", so Liebing. Auch aus der Erneuerbarenbranche hatte es viel Kritik an dem Mechanismus gegeben. Ökostromanbieter Lichtblick reichte sogar Verfassungsbeschwerde gegen das Instrument ein. Letztlich startete die gesetzliche Erlösabschöpfung erst, als die Strompreise schon wieder sanken. Die jetzige Entscheidung kam wenig überraschend, im März hatte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) bereits angekündigt, sie auslaufen lassen zu wollen. /ck

Von Carsten Kloth

WÄRMEWENDE

Heizungsgesetz offenbar auf dem Weg in den Bundestag

Berlin (energate) - Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) könnte am 15. Juni in erster Lesung im Bundestag verhandelt werden. Das geht aus einem Zeitplan des Bundeswirtschaftsministeriums hervor, der energate vorliegt. Demnach soll das umstrittene Heizungsgesetz am 14. Juni im Wirtschaftsausschuss behandelt werden und anschließend im Bundestag. Die zweite und dritte Lesung ist für den 5./6. Juli vorgesehen. Im Bundesrat soll laut Zeitplan dann am 7. Juli abgestimmt werden. Der Zeitplan ist eine Übersicht für Parlamentsreferenten und -referentinnen der Regierungsparteien.

Ob die Verabschiedung vor der Sommerpause gelingt, hängt vor allem am Ampel-Koalitionspartner FDP. Die Liberalen hatten bislang gebremst. Einer Behandlung des Gesetzes im Bundestag stehen sie offenbar aber nun nicht mehr im Weg. "Ich bin gerne bereit, das Heizungsgesetz vom Bundestag zurück an den Minister zu geben, damit wir anschließend eine nachgebesserte Vorlage bekommen", sagte nun Michael Kruse, energiepolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, in einem Statement zum Fernwärmegipfel. /ck
Von Carsten Kloth

"REPOWEREU"

Europas Gaswirtschaft sieht Versorgungssicherheit nicht garantiert

Rom (energate) - Die europäischen Gasversorger halten den "RepowerEU"-Plan der EU-Kommission für die Aufrechterhaltung der langfristigen Gasversorgungssicherheit ohne zusätzliche politische Maßnahmen für nicht realisierbar. Das wurde deutlich auf der Jahreskonferenz des europäischen Verbands der Gasindustrie, Eurogas, in Rom. "RepowerEU hat viel Schaden angerichtet", sagte Eurogas-Präsident und Engie-CEO Didier Holleaux. Der Plan, den die EU-Kommission im Mai 2022 vorgelegt hatte, damit die EU möglichst schnell unabhängig von fossiler Energie aus Russland wird, gehe nicht auf. "Wenn man an die Zahlen darin glaubt, bedeutet dies, dass Europa

IMPRESSUM

Herausgeber & Verlag:

ener|gate gmbh
Norbertstraße 3-5
D-45131 Essen

Handelsregister: Amtsgericht Essen HRB 24811
Sitz der Gesellschaft: Essen

Geschäftsführung: Marc Hüther, Christoph Krug
Chefredakteur: Christian Seelos

Die gesamte Redaktion finden Sie unter
www.energate.de/redaktion

Kundenservice:

Telefon: +49 201 1022-500
kundenservice@energate.de

Redaktionsanschrift:

Norbertstraße 3-5, D-45131 Essen
Telefon: +49 201 1022-500
redaktion@energate.de

Redaktionsanschrift Berlin:

Jagowstraße 17, D-10555 Berlin
Telefon: +49 30 880013-100

Redaktionsanschrift Schweiz:

Ringstrasse 28, CH-4600 Olten
Telefon: +41 62211-6307
redaktion@energate.ch

Anzeigenverwaltung:

Sebastian Engels
Telefon: +49 201 1022-516

Abonnement: Der energate messenger+ erscheint werktäglich im HTML- und PDF-Format und wird per E-Mail versendet. Das Abonnement kostet zurzeit 189,- € (zzgl. MwSt.) monatlich und beinhaltet ein Add-on nach Wahl. Weitere Add-ons sind hinzubuchbar. Abonnenten haben zusätzlich Zugriff auf das Nachrichtenportal www.energate-messenger.de und die energate-App. Preise für Team- und Unternehmenslizenzen auf Anfrage.

Haftungsausschluss & Copyright: Sämtliche Informationen des energate messenger+ wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte des energate messenger+ sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.

kein neues Erdgas mehr braucht", so Holleaux. Auch gelange das viele US-amerikanische LNG wegen des Fehlens langfristiger Verträge nicht in die EU. "Wir sind weit entfernt von den zusätzlichen 50 Mrd. Kubikmeter, die Ursula von der Leyen und Joe Biden im März 2022 vereinbart hatten." Stattdessen seien bisher nur für 10 Mrd. Kubikmeter Verträge mit Ziel Europa geschlossen worden. Die Ziele des RepowerEU-Plans sind aus Sicht des Eurogas-Präsidenten damit nicht umsetzbar. Nötig sei ein neues realistisches Szenario für die EU mit neuem Erdgas und Biogas. "Wir brauchen neues Erdgas bis 2050 und dafür langfristige Verträge." Aber auch die kurzfristige Versorgungssicherheit sei nicht garantiert, warnte der Eurogas-Chef. Es sei trügerisch, sich angesichts der derzeit niedrigen Erdgaspreise und der gefüllten Erdgaspeicher in Sicherheit zu wähnen. "Alles kann passieren", denn die EU sei immer noch zu zehn Prozent von russischem Erdgas abhängig.

Forderung nach verbindlichem Biomethan-Ziel

Was Biogas angeht, tritt Eurogas schon seit längerem für ein EU-weit verbindliches Ziel ein. Am 23. Mai richtete der Verband zusammen mit anderen 15 europäischen Industrieverbänden und 17 Unternehmen, die an der Biogas-Wertschöpfungskette beteiligt sind, an den EU-Energieministerrat die Forderung, sich bei den Verhandlungen mit dem EU-Parlament über das Gasdekarbonisierungspakt dafür einzusetzen. Sie fordern, in die Neuauflage der EU-Gasverordnung ein EU-weit verbindliches und ab 2030 gültiges Biomethanziel von 35 Mrd. Kubikmeter/Jahr hineinzuschreiben und begründen das mit der

Versorgungssicherheit. Biomethan könne direkt ins vorhandene Gasnetz eingespeist werden und in der EU mit ausgereiften Technologien hergestellt werden. Dadurch entstünden keine neuen Abhängigkeiten von kritischen Rohstoffen. Den einzelnen Mitgliedsstaaten soll es selbst überlassen bleiben, wie sie das Ziel umsetzen. Ein Volumen von 35 Mrd. Kubikmeter Biogas sieht auch der RepowerEU-Plan vor, allerdings unverbindlich.

Giulia Cancian, Leiterin des europäischen Verbands der Biogasin­dustrie (EBA), die auch das Forderungsschreiben an den Energie­ministerrat unterschrieben hat, sieht die EU von diesem Ziel weit entfernt. Die derzeit 1.322 operativen Biomethan-Fabriken in der EU würden gerade einmal 4,5 Mrd. Kubikmeter produzieren. Das Ziel von 35 Mrd. Kubikmeter könne nur mit weiteren "Mobilisierungsmaßnahmen" erreicht werden. Das Produktionspotenzial für Biomethan liegt laut Cancian bei 41 Mrd. Kubikmeter für 2030 und für 2050 sogar bei 151 Mrd. Kubikmeter, was 40 Prozent der bis 2050 prognostizierten Gasnachfrage in der EU entspräche.

Clara Poletti, Vorsitzende des Regulierungsrates der Regulierungs­agentur Acer, hielt für die Gasversorgungssicherheit eine erneute Änderung der EU-Verordnung über die Gasspeicherung erforderlich, die der Rat der EU-Energieministerinnen - und minister erst im Juni 2022 geändert hatte. Darin sei der Wert der Gasspeicherung vernachlässigt worden. /rl

Von Rainer Lütkehus

Let's **start** with



Wir machen BESS – stationäre Energiespeicher von höchster Qualität. Denn sichere, langlebige und hocheffiziente Batterien sind der Grundpfeiler für ein stabiles Netz und günstige Energie. Neugierig?

Treffen Sie uns auf „THE smarter E“ vom 14 bis 16 Juni in München, Halle C2 Stand 520.



HTHIUM



 UNTERNEHMEN

GESCHÄFTSBILANZ

Vertriebsgeschäft hält Stadtwerke Krefeld auf Kurs

Krefeld (energate) - Ausgerechnet das Vertriebsgeschäft hat den Stadtwerken Krefeld im Krisenjahr 2022 einen verbesserten Jahresabschluss beschert. Der Kommunalversorger erwirtschaftete im vergangenen Geschäftsjahr ein operatives Ergebnis (Ebitda) in Höhe von 125 Mio. Euro, was einem Plus von etwa 19 Prozent entspricht. Der Jahresüberschuss stieg auf 47,9 Mio. Euro (+ 37 %). Vor dem Hintergrund der Preisturbulenzen, die die Versorgungswirtschaft über lange Strecken des vergangenen Jahres, in Atem hielten, seien diese positiven Zahlen nicht selbstverständlich, ordnete Vorstandssprecher Carsten Liedtke im Rahmen der Bilanzpressekonferenz des Versorgers ein.

Kundenzahl steigt um 10.000

Liedtke verwies neben der breiten Aufstellung des Unternehmens auf die starke Präsenz der Stadtwerke außerhalb des eigenen Versorgungsgebiet. "Wir generieren 80 Prozent unseres Geschäfts außerhalb von Krefeld" erklärte der Vorstandssprecher. Vor allem die bundesweiten Vertriebsmarken SWK Energie und Lekker Energie sind in dem Kontext zu nennen. Insgesamt verzeichneten die Stadtwerke im Krisenjahr 2022 ein Kundenwachstum von rund 10.000 Kunden. Dabei entwickelten sich die einzelnen Marken im Unternehmensverbund durchaus unterschiedlich. Während die Stadtwerkemarke SWK Energie insgesamt 30.000 Kunden hinzugewann, musste die Vertriebstochter Lekker Energie Verluste hinnehmen. Insgesamt zählen die Stadtwerke vom Niederrhein in ihrem Energiegeschäft rund 780.000 Kunden bundesweit.

Doch auch Lekker verzeichnete trotz Kundenrückgangs insgesamt gute Geschäftszahlen. Die Berliner Stadtwerketochter verdoppelte ihr operatives Ergebnis (Ebit) auf 34,1 Mio. Euro. Den Anstieg führte Vorstandssprecher Liedtke auf die erfolgreiche Beschaffungsstrategie sowie geringere Marketingkosten zurück. Da im Zuge der Preiskrise die Kundenabwanderung signifikant zurückging - die sogenannte Churn-Rate habe sich im einstelligen Prozentbereich bewegt, nahm das Unternehmen insgesamt 8 Mio. Euro weniger für die Neukundenakquise in die Hand, was sich ebenfalls positiv auf das Zahlenwerk auswirkte.

Unter der Preisspitze "hinweggetaucht"

Als Erfolgsfaktor führte Liedtke aber auch die langfristig ausgerichtete Beschaffungsstrategie der Stadtwerke an. "Wir sind dank eines frühzeitigen Einkaufs unter der explosionsartigen Preisspitze hinweggetaucht und mussten wenig nachkaufen", erläuterte er. Im Ergebnis boten die Stadtwerke etwa im zweiten Halbjahr 2022 einen Grundversorgungstarif Strom an, der mit einem Arbeitspreis von rund 30 Cent/kWh "gewaltige 10 Cent" unter dem bundesweiten Durchschnitt lag, so Liedtke mit Verweis auf die Branchenzahlen des BDEW.

Mit Blick auf das laufende Geschäftsjahr räumte der Vorstandssprecher indes ein, dass sich ein Kundenwachstum in einem verändertem Marktumfeld mit fallenden Handelspreisen nicht wiederholen werde. "Wir sehen uns konfrontiert mit sehr aggressiven Preisen anderer Anbieter, die sich kurzfristig eindecken." Daher sei die Entwicklung der Kundenzahlen im laufenden Jahr "durchaus durchwachsen". /rb

Von Rouben Bathke

AUF SICHTSVERFAHREN

BNetzA weist Jura Strom zurecht

Bonn (energate) - Der oberpfälzische Energieanbieter Jura Strom hat sich einen Rüffel der Bundesnetzagentur abgeholt. Die Aufsichtsbehörde verpflichtete das Unternehmen dazu, die Anzeige zur Einstellung der Belieferung von Haushaltskunden "umgehend nachzureichen". Das Aussetzen von Energielieferungen müsse laut §5 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) drei Monate im Vorfeld angezeigt werden, teilte die Bundesnetzagentur nach Abschluss eines entsprechenden Aufsichtsverfahrens gegen Jura Strom mit.

Die Jura Power GmbH mit Sitz in Neumarkt hatte sämtliche Verträge mit Haushaltskunden zum 30. November 2022 einseitig beendet. In der Kundenkommunikation sprach das Unternehmen davon, die Belieferung aufgrund "einer umfangreichen Produktpassung und einer damit verbundenen Systemumstellung und Umstrukturierung unseres Services" vorübergehend zu pausieren. Bei der Bundesnetzagentur ging jedoch keine Anzeige über eine Beendigung der Belieferung ein. Erst durch Beschwerden von Verbrauchern erfuhr die Behörde nach eigener Darstellung von dem Vorgang. Diese stellte nun klar: Ein Pausieren der Belieferung stelle eine Beendigung der Energiebelieferung dar und sei damit anzeigepflichtig. /rb

Von Rouben Bathke



Verbund

Mit uns bekommen
Ihre Stromerträge
Rückenwind.

Jetzt profitieren!

BÖRSENGANG

Thyssenkrupp plant Börsendebüt seiner Wasserstoffsparte

Dortmund (energate) - Die Wasserstoffsparte von Thyssenkrupp steht vor einem kurzfristigen Debüt an der Frankfurter Börse. "So das Marktumfeld mitspielt" will Thyssenkrupp Nucera "noch vor der Sommerpause" ihr IPO (Initial Public Offering) vollziehen. Ziel sei es, dabei bis zu 600 Mio. Euro für die Produktion von Elektrolyseuren im industriellen Maßstab einzuwerben, teilte die Dortmunder Tochter des Stahl- und Industriekonzerns mit. Für Thyssenkrupp wird damit ein längerfristig gehegter Plan konkret.

Nucera strebt eine Erstnotiz im höchsten Börsensegment der Frankfurter Börse an, dem Prime Standard. Ein solcher Schritt bringt unter anderem strenge Transparenzpflichten in Bezug auf Kapitalmarktinformationen mit sich. Erstmals vorskizziert hatte Thyssen Krupp den IPO-Plan für seine Tochter bereits Anfang 2022 im Zuge der Umfirmierung von Thyssenkrupp Uhde Chlorine Engineers zu Nucera.

Mutterkonzern will Mehrheit behalten

Klar dabei ist, dass der Mutterkonzern "als langfristig engagierter Aktionär" Mehrheitseigner bleiben will. Ebenso soll auch der bislang mit 34 Prozent aller Anteile an Nucera beteiligte Minderheits-eigner De Nora aus Italien als Partner an Bord bleiben, hieß es. Wie sehr die geplante Kapitalerhöhung über die Ausgabe neuer Aktien die Anteilseignerschaft der beiden Joint-Venture-Partner verwässern soll, blieb zunächst offen. Auch zu weiteren Details, wie etwa dem angestrebten Ausgabepreis der neuen Aktien, machte Thyssenkrupp noch nichts öffentlich.

Nucera ist auf Elektrolyseure spezialisiert, die Wasserstoff auf Chlor-Alkalibasis erzeugen. Als Kunden im Fokus steht die Industrie und deren Dekarbonisierungsvorhaben. Als Referenzkunden nennt Nucera in einer Präsentation für Investoren unter anderem Shell, BASF und Covestro. Die Thyssenkrupp-Tochter bietet modulare Elektrolyseure an. Kernprodukt ist ein 20 MW starkes Modul, das sich zu Großanlagen im Gigawattbereich hochskalieren lässt.

Volle Auftragsbücher

Geführt wird das Unternehmen von Werner Ponikwar. In der ersten Hälfte des laufenden Jahres erzielte Nucera nach vorläufigen Berechnungen 13 Mio. Euro Gewinn vor Steuern und Zinsen (Ebit), 87 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Den Umsatz konnten die Dortmunder dabei mehr als verdoppeln auf 306 Mio. Euro. 50 Prozent dieser Umsätze stammen aus dem Servicegeschäft. Den Auftragsbestand beziffert der Technologiehersteller auf 1,4 Mrd. Euro. **/pa**

Von Philip Akoto

 STROM

NETZAUSBAU

NEP: Stromnetzplanung wird teuer

Berlin (energate) - Deutschlands zukünftiges Stromnetz braucht mehr Umspannwerke und Transformatoren als bisher kalkuliert. Wegen der parallel gestiegenen Baukosten wird der Netzausbau auf dem Weg zum "Klimaneutralitätsnetz" 2045 deutlich teurer. Das geht aus dem jetzt vorgelegten zweiten Entwurf des Netzentwicklungsplans 2037/2045 (NEP) der vier Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) hervor. Dem Update war eine vierwöchige Konsultationsphase vorausgegangen, in der 207 Stellungnahmen eingingen, teilen Amprion, Tennet, 50 Hertz und Transnet BW mit. Im Detail taxiert die überarbeitete Zwischenversion die Gesamtkosten auf 140 Mrd. Euro, also 12,5 Mrd. höher als es noch im ersten Entwurf der Fall war.

Einkalkuliert haben die ÜNB die zusätzliche Netztechnik vor allem auf Betreiben der Verteilnetzbetreiber (VNB). Diese hätten eingewandt, dass sie mehr Erneuerbarenanlagen ins Netz werden integrieren müssen. Dabei geht der neue Entwurf davon aus, dass in Norddeutschland mehr Wind- und PV-Anlagen installiert werden, während in Süddeutschland ein höherer Abnahmebedarf der Industrie besteht. Deshalb enthält die neue Planung Hochspannungsleitungen mit Leerrohren, die diesem Bedarf vorausschauend entgegenwirken sollen.

Zwei zusätzliche Szenarien - Redispatchbedarf unverändert

Aufwändiger und teurer als im ersten Entwurf skizziert wird das Klimaneutralitätsnetz auch, weil die Umspannwerke zusätzliche Anlagen zur Blindleistungskompensation brauchen, also um die Spannung zu halten. Zahlreiche bereits in Vorgängerplänen genehmigte Anlagen müssten vorzeitig realisiert und 32 zusätzlich errichtet werden. Außerdem enthält das Plan-Update einen höheren Bedarf an Anlagen zur Momentanreserve. Den bisher ermittelten Redispatchbedarf von bis zu 5,9 TWh korrigierten die ÜNB trotz allem nicht. Ferner enthält der aktuelle Stand des NEP-Entwurfs zwei weitere Szenarien. An der Grundaussage, dass der Netzausbau nach Möglichkeit bis 2037 weitgehend fortgeschritten sein muss, um dem politischen Zielpfad der Energiewende zu entsprechen, ändert sich nichts.

Korridore bündeln Ausbau für Ballungszentren

Konkreter und detailreicher als bisher geht der zweite NEP-Entwurf auch auf gebündelte Netzausbaumaßnahmen ein. Diese sollen den Netzausbau umweltverträglicher machen. So enthält er den Energiekorridor "Offshore", der Offshore-Windstrom ab 2030 über vier Netzanbindungssysteme ins Rheinland und Ruhrgebiet bringen soll. Für das Rhein-Main-Gebiet, speziell Südhessen und die hohe Dichte an Rechenzentren dort, sieht der Plan den Korridor "Rhein-Main-Link" vor, der alle dort angenommenen Ertüchtigungs- und Ausbaumaßnahmen bündeln soll. Ein dritter Korridor,

die sogenannte Stammstrecke Nord, soll mehrere HGÜ-Vorhaben in Schleswig-Holstein zusammenbringen. Nachdem der neue Entwurf nun vorliegt, ist die Bundesnetzagentur wieder am Zug. Einer neuerlichen Prüfung der Behörde folgt eine weitere Konsultation. /pa
Von Philip Akoto

PHOTOVOLTAIK

BNetzA warnt vor mangelhaften Wechselrichtern

Bonn (energate) - Die Bundesnetzagentur (BNetzA) warnt Verbraucher vor möglichen Gefahren durch unzulässige Wechselrichter für PV-Balkonanlagen. Zwar sei es erfreulich, dass immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher PV-Anlagen installieren lassen, so BNetzA-Präsident Klaus Müller. Leider habe die Marktüberwachung seiner Behörde zahlreiche Produkte ermittelt, die mangelhaft, unzulässig oder auch potenziell gefährlich seien. Beispielsweise überschreiten einige Anlagen im Betrieb gesetzliche Grenzwerte für elektromagnetische Verträglichkeit, haben keine deutsche Bedienungsanleitung, keine deutsche Händleradresse oder CE-Kennzeichen, was für den Vertrieb in Deutschland Voraussetzung ist.

Derzeit würden bei der BNetzA entsprechende Verfahren gegen Hersteller von Solarwechselrichtern laufen, die zwar den formalen Voraussetzungen genügen, jedoch bei der messtechnischen Überprüfung im Labor Mängel aufweisen. Gegen diese Hersteller können europaweite Vertriebsverbote und Geldbußen bis zu 100.000 Euro verhängt werden. Einführer und Händler, die ihre Pflichten nicht erfüllen, können mit einer Geldbuße bis zu 10.000 Euro geahndet werden, warnt die BNetzA. Sie untersucht sowohl den Onlinehandel als auch den stationären Handel auch mit Hilfe anonymen Testkäufe. /am

Von Artjom Maksimenko

SPEICHERKOOPERATION

Kyon Energy und Obton wollen 600 MW an Speicherleistung installieren

München/Aarhus (energate) - Der Münchener Spezialist für Energiespeichersysteme Kyon Energy will gemeinsam mit dem dänischen Entwickler und Betreiber von Solarprojekten Obton Batteriespeicher im großen Stil entwickeln. Laut Rahmenvertrag wollen sie bis 2026 600 MW Speicherleistung errichten. Dafür haben die Projektpartner Investitionen in einem "hohen dreistelligen Millionenbetrag" angekündigt. Kyon Energy werde die gesamte Projektierung der Batteriespeicherprojekte übernehmen, zu der auch die Standortentwicklung und die Netzanschlussplanung gehören. Obton kümmere sich um die Projektfinanzierung und den Betrieb der fertiggestellten Batteriespeicher. An der Entwicklung des Geschäftsmodells sowie die Generalunternehmenschaft bis zur schlüsselfertigen Inbetriebnahme der Batteriespeicher würden beide Unternehmen gemeinsam arbeiten, hieß es weiter.

Das erste gemeinsame Projekt unter dem neuen Rahmenvertrag stehe kurz vor dem Bau. In Tangermünde (Sachsen-Anhalt) entstehe ein Batteriespeicher mit einer Speicherleistung von 15,8 MW und einer Kapazität von 32,0 MWh. Bereits 2022 nahmen Kyon Energy und Obton zwei weitere Projekte in Betrieb. Es handelt sich um die Batteriespeicher an den Standorten Bad Dübener Heide (Sachsen) und Elsteraue (Sachsen-Anhalt), die insgesamt 27,6 MW beziehungsweise 32,4 MWh umfassen. /am

Von Artjom Maksimenko

VERTRIEB

Stadtwerke Düsseldorf stellen alle Tarife auf Ökostrom um

Düsseldorf (energate) - Die Neu- und Bestandskunden der Stadtwerke Düsseldorf erhalten ab sofort Ökostrom als Standardprodukt ohne Aufpreis. Der Strom sei TÜV-zertifiziert und zu 100 Prozent aus Erneuerbaren erzeugt und mit Herkunftsnachweisen hinterlegt, teilte das Unternehmen mit. Die Umstellung gelte sowohl für Privat- als auch für Gewerbekunden. Die Stadtwerke Düsseldorf weisen darauf hin, dass es keinen rechtlich bindenden Anspruch auf Ökostrom in der Grund- und Ersatzversorgung gibt. Nach eigenen Angaben zählen die Stadtwerke rund 600.000 Strom- und Gaskunden. 2021 lag der Stromabsatz des Versorgers bei 19,2 Mrd. kWh.

Der Umstieg auf Ökostrom sei ein wichtiger Schritt des Unternehmens zur Klimaneutralität im Jahr 2035. In seiner Strategie setze der Versorger auf die Erweiterung und die Schaffung von klimafreundlichen Infrastrukturen, den Ausbau und die Dekarbonisierung der Fernwärmeversorgung sowie auf den Ausbau seines Erneuerbaren-Erzeugungssportfolios. Das Stadtwerke-Tochterunternehmen Grünwerke sei bereits an zahlreichen entsprechenden Projekten beteiligt, darunter große PV-Anlagen und Windparks. Aktuell konzentrieren sich die Grünwerke auf die Inbetriebnahme weiterer Anlagen mit einer geplanten Kapazität von 82 MW, die sich im Planungs- und Entwicklungsprozess befinden, hieß es aus Düsseldorf. /am

Von Artjom Maksimenko

ADD-ON STROM

"Auch 450 Mhz ist keine Wunderwaffe"

Hamburg (energate) - Viel Beton - was für die Statik gut sein mag, ist für den Messstellenbetreiber oft ein Graus. Denn Funkwellen schaffen es häufig nicht durch dicke Kellerwände. Doch es gibt Abhilfe, wie Marius Block, Projektmanager beim Antennenanbieter Enqt GmbH im Gespräch mit energate erläutert.

energate: Herr Block, oft schaffen es Funksignale von Gateways nicht durch dicke Kellerdecken. Wie kann ein Messstellenbetreiber feststellen, ob solch eine Problematik vorliegt?

Block: Dies lässt sich vor Ort mit der Messung des Mobilfunknetzes feststellen. Das kann mit Mobilfunkmessgeräten getestet wer-

den. Diese testen providerunabhängig verschiedene Technologien (2G/4G und zukünftig auch 5G). Es lässt sich dann vor Ort nicht nur prüfen, ob Funksignale anliegen, sondern auch die optimale Antennenposition feststellen. Dafür ist ein sogenannter Live-Test möglich. Der Nutzer kann seine Antennen direkt an das Messgerät anschließen und das Signal überprüfen. Es wird eine sekundenge-naue Überprüfung des Signals ermöglicht.

energate: Als Lösung bieten Sie Antennen verschiedener Hersteller an. Welche Antenne ist für welchen Bedarf passend?

Block: Wir bieten Mobilfunkantennen des Herstellers A-Antennas an, für welchen wir den Vertrieb in Deutschland übernommen haben und unsere Messgeräte mit hochqualitativen Antennen erweitern. Die Antennen sind für die jeweilige Verbausituation vor Ort geeignet. Wir haben für einen optimalen Einbaufall eine Hutschienenantenne oder einfache Magnetfußantenne im Sortiment, bis hin zu komplizierten Installationen für den schlechten Empfang. Dafür wären dann stärkere Antennen bis hin zu Richtantennen notwendig. Diese Richtantennen werden direkt auf Mobilfunkbasisstationen ausgerichtet und verbessern so den Empfang maßgebend.

energate: Erledigt sich das Problem mit 450 MHz nicht von selbst?

Block: Leider nicht. Auch 450 Mhz ist keine Wunderwaffe für die Installation. Es gibt aktuell noch Herausforderungen bei der Netzertüchtigung, da noch viele Basisstationen errichtet werden müssen, bis zu einer flächendeckenden Versorgung. Außerdem kann dann vor Ort auch nicht sichergestellt werden, ob ein Empfang in der ausreichenden Signalqualität vorliegt. Dennoch bietet 450 Mhz viele Vorteile, auch in Bezug auf die Schwarzfallsicherheit. Geprüft werden muss das vorliegende Signal in jedem Falle. Auch dafür haben wir Messgeräte und Antennen im Angebot.

Die Fragen stellte Stefanie Dierks.

GAS & WÄRME

NETZAUSBAU

FNB Gas legt Umsetzungsbericht vor

Berlin (energate) - Die Netzbetreiber haben aus dem Netzentwicklungsplan Gas 2020 mittlerweile 17 Maßnahmen fertiggestellt. Das geht aus dem jüngst veröffentlichten Umsetzungsbericht des FNB Gas für 2023 hervor. Einen solchen Bericht müssen die Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) in jedem ungeraden Jahr vorlegen, um die Fortschritte in der Netzausbauplanung zu beleuchten. Der Bericht betrachtet aber auch die Kehrseite. So werden sich einige Ausbauprojekte aus verschiedenen Gründen, etwa Problemen bei Genehmigungsfragen, mit der Material- und Leistungsbeschaffung oder aus Gründen des Tier- und Umweltschutzes, verzögern. Dazu gehört zum einen die sogenannte Augusta-Leitung zwischen Wertingen und Kötz in Bayern. Hier haben mehrmals veränderte Kapazitätsbedarfe zu Verzögerungen im Projekt der Terranets BW geführt. Die Leitung

soll nun erst Ende 2025 in Betrieb gehen. Ein weiteres Beispiel ist die Nordschwarzwaldleitung, wo sich die Inbetriebnahme aufgrund von pandemiebedingten Verzögerungen im Genehmigungsprozess auf August 2024 verschiebt. Weitere fünf Leitungsprojekte sind komplett entfallen. Dazu zählen unter anderem zwei Teilvorhaben rund um die Mitteldeutsche Anbindungsleitung (Midal) von Gascade sowie der Nordeuropäischen Erdgas-Leitung NEL.

Marktraumumstellung läuft weiter nach Plan

Der Bericht enthält zudem - wie von der Bundesnetzagentur gefordert - eine aktualisierte L-H-Gas-Umstellungsplanung. Wesentlichen Veränderungen in der Marktraumumstellung habe es aber nicht gegeben, hieß es. Einzelne FNB prüften derzeit, ob sie Bereiche eher umstellen können. Dazu gehört etwa Open Grid Europe, die die Region Dorsten-Leichlingen von 2029 auf das Jahr 2028 vorziehen will. Die Umstellung der Geräte ist nötig, weil das Aufkommen des niedrigkalorigem Erdgas, etwa aus den Niederlanden, im deutschen Netz kontinuierlich zurückgehen wird. "Ziel ist es, die bis 2029 auslaufenden Importe von niederländischem L-Gas zu kompensieren und die Versorgungssicherheit weiterhin zu gewährleisten", erläutert Inga Posch, Geschäftsführerin des FNB Gas.

Auch im vergangenen Jahr haben die Netzbetreiber deswegen große Bezirke auf H-Gas umgestellt. Darunter fiel etwa der Raum Düsseldorf, Bonn und Mönchengladbach, mit knapp 500.000 Geräten. Probleme habe es dabei aus Sicht der FNB keine gegeben. Alle hierfür erforderlichen Netzausbaumaßnahmen am Fernleitungsnetz wurden rechtzeitig abgeschlossen. [/ml](#)

Von Mareike Teuffer

KELVIN GREEN

Umfrage: Unternehmen planen grüne Wärmenetze

Berlin (energate) - Die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) ist in der Branche angekommen. Viele Unternehmen haben sich bereits auf den Weg gemacht, um neue grüne Wärmenetze zu errichten. Dabei wollen sie mehrheitlich auf geförderte Transformationspläne und Machbarkeitsstudien zurückgreifen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage der Kelvin Green GmbH, eine Ausgründung der Energieeffizienzinitiative Deneff.

Über 80 Stadtwerke und Energiedienstleister haben sich an der Umfrage beteiligt. Davon betreiben 90 Prozent aktuell ein Wärmenetz. In Summe kommen die Unternehmen auf eine Netzlänge von 8.200 Kilometern und eine Jahreswärmemenge von 15 TWh, was etwa zehn Prozent des Wärmemarkts entspricht. Die Studie ist nicht repräsentativ, zeigt aber eine gewisse Breite auf.

Bundesförderung ist zentrales Element

Mit 73 Prozent planen knapp drei Viertel der Befragten in den kommenden fünf Jahren mindestens ein neues Wärmenetz aufzubauen. Fast ein Drittel (31 %) plant sogar mit fünf oder mehr Netzen, der

Durchschnitt liegt bei 3,2. 94 Prozent der Befragten wollen dafür nach der BEW einen Transformationsplan erstellen, 89 Prozent eine Machbarkeitsstudie. Über die Hälfte hat bereits mit der konkreten Planung begonnen - 59 Prozent bei den Transformationsplänen, 50 Prozent bei den Machbarkeitsstudien. Damit sei die Förderung ein zentrales Element der Wärmenetzplanung, betonte Martin Bornholdt, Gründer und Geschäftsführer der Kelvin Green GmbH, bei der Vorstellung der Ergebnisse.

Als größte Herausforderung sehen die Umfrageteilnehmer mit 75 Prozent denn auch ökonomische Fragen wie die Wirtschaftlichkeit der Investition und einen fairen Wärmepreis. Auf dem zweiten Platz liegen organisatorische Herausforderungen (56 %) wie der enge Zeitplan. Erst an dritter Stelle (54 %) folgen technische Fragen wie die Verfügbarkeit von erneuerbaren Energiequellen. Die Umfrage zeigt aber auch, dass in der Ökonomie (91 %) die größten Chancen gesehen werden, etwa in stabilen Geschäftsfeldern und verbesserter Kundenbindung.

Großwärmepumpe hat die Nase vorne

Technologisch liegt die Großwärmepumpe mit Wasser vorne. Sie kommt im Bestand auf 53 Prozent und bei neuen Netzen auf 41 Prozent. Wasserstoff spielt dagegen bei Neubauprojekten kaum eine Rolle (24 %), während im Bestand noch große Hoffnungen mit dem Energieträger verbunden sind (45 %). Eindeutig zeigt sich auch der Trend zu Kalter Nahwärme (52 %) und Niedertemperaturnetzen (79 %). Nur noch eine Minderheit von 14 Prozent macht sich Gedanken über ein Hochtemperaturnetz mit Temperaturen von über 90 Grad.

Die Befragten erwarten auch, dass die Komplexität der Netze zunehmen wird, weil durchschnittlich vier Wärmezeugungstechnologien in den grünen Netzen zum Einsatz kommen sollen. Entscheidender Faktor sei hier die Digitalisierung, so Bornholdt. Von intelligenter Steuerung über Lastprognosen per künstlicher Intelligenz bis hin zum digitalen Zwilling werden allen Digitalisierungsoptionen hohe Potenziale von über 80 und 90 Prozent zugeschrieben. An der Umsetzung hapert es hier aber zumeist noch. Umgesetzt wurden Digitalisierungsansätze bei nicht einmal jedem zweiten (48 %).

BMWK: Finanzierungskulisse für die Zeit nach 2028

Nina Lepsius, Referentin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), begrüßte die hohe Dynamik, die sich laut Umfrage bei der Bundesförderung abzeichnet und sprach sich für eine Verlängerung der Regelung über das Jahr 2028 hinaus aus: "Ich glaube nicht, dass wir auf eine Finanzierungskulisse des Bundes verzichten können." Zudem wolle sie sich für eine Vereinfachung der komplizierten Antragstellung einsetzen. Allerdings sei hier vieles auch den beihilferechtlichen Auflagen der EU geschuldet.

Die Umfrageergebnisse hat Kelvin Green [online veröffentlicht](#).

Von Thorsten Czechanowsky

LNG-TERMINAL

Deutsche Umwelthilfe klagt gegen Brunsbüttel-Anbindung

Berlin (energate) - Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) geht weiter gegen ein festes LNG-Terminal bei Brunsbüttel vor. Nun haben die Umweltschützer gegen die Genehmigung der Anschluss-pipeline für das geplante Terminal Klage beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht. Mit dem Bau der 55 Kilometer langen Erdgasleitung hat der niederländischen Netzbetreiber Gasunie bereits begonnen. Sie sei aber für den Betrieb des schwimmenden Terminalschiffs Höegh Gannet nicht notwendig, so die Begründung der DUH. Zudem schaffe eine Genehmigung der Pipeline Fakten, um später das feste und viel größere Landterminal in Brunsbüttel bauen zu können, kritisieren die Umweltschützer. Dessen unbefristeter Betrieb mit einer Kapazität von jährlich bis zu zehn Mrd. Kubikmetern verflüssigtem Erdgas verstößt nach Ansicht der DUH gegen die Vorgaben des Klimaschutzgesetzes und sei deswegen rechtswidrig.

Analyse: Großteil des Gases wird direkt vor Ort verbraucht

Die FSRU (Floating Storage and Regasification Unit) Höegh Gannet im schleswig-holsteinischen Hafen bei Brunsbüttel betreibt der Energiekonzern RWE. Seit April speist das schwimmende Terminal Gas ins Netz ein. Dabei habe sich gezeigt, dass die Kapazität des dort bereits bestehenden Transportnetzes ausreicht, um das Gas durchzuleiten, heißt es von der DUH. Die Umweltschutzinitiative verweist dazu unter anderem auf eine Analyse der Technischen Universität Berlin, die nachgewiesen habe, dass ein Großteil des anlandenden Gases ohnehin von den Chemiebetrieben am Standort Brunsbüttel verbraucht wird. Die DUH kritisiert weiter, dass die zuständige Genehmigungsbehörde, das Amt für Planfeststellung Energie Schleswig-Holstein, den Bedarf der neuen Leitung gar nicht erst geprüft, sondern unter Verweis auf das LNG-Beschleunigungsgesetz diesen pauschal angenommen hätte. Zudem habe die Behörde auch keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt, was auch rechtswidrig sei, argumentiert die DUH.

Kein Krisenmodus mehr?

"Noch immer tun die Genehmigungsbehörden bei den LNG-Projekten so, als wären wir im Krisen- und Panikmodus aus der ersten Jahreshälfte 2022. Dabei belegen inzwischen zahlreiche Studien, dass es für die festen LNG-Terminals an Land keinen Bedarf gibt", sagte Sascha Müller-Kraenner, DUH-Bundesgeschäftsführer. Als Argument dafür nennt er unter anderem die aktuell schon, drei Monate vor der gesetzlichen Frist, gut gefüllten deutschen Gasspeicher. Auch eine Mangellage für den Winter sei nicht zu erwarten. Der Speicherverband Initiative Energien Speicher (Ines) sieht das etwas anders. So hatte jüngst Ines-Geschäftsführer Sebastian Bleschke bei der Vorstellung der verbandseigenen Szenarien für die Gasversorgung vor dem Hintergrund gut gefüllter Speicher noch vor einer falschen Sicherheit gewarnt. Auch hatte Bleschke sich dafür ausgesprochen, für den kommenden Winter alle möglichen zusätzlichen LNG-Kapazitäten auch nutzbar zu machen.

Die von Gasunie geplante Erdgastransportleitung "ETL 180" soll das geplante landseitige LNG-Terminal Brunsbüttel an das Fernleitungsnetz bei Hetlingen/Haseldorf anschließen. Die DUH versucht seit Jahren auf verschiedenen Ebenen, den Bau der Pipeline zu verhindern. Schon 2020 - noch vor der Energiekrise - hatte die Deutsche Umwelthilfe der Genehmigungsbehörde etwa rücksichtsloses Verhalten bei den Planungen vorgeworfen. Später hatte sie dann per Einwendung eine Ablehnung der Genehmigung gefordert. Nun bleibe ihr nichts anderes übrig, als die Pipeline gerichtlich zu stoppen, hieß es. Allerdings hat Gasunie durch einen genehmigten vorzeitigen Maßnahmenbeginn bereits mit dem Bau der Leitung begonnen. /ml
Von Mareike Teuffer

ADD-ON GAS & WÄRME

"Die Regulierungsbehörde hat Entscheidungen umfassend zu begründen"

Essen (energate) - Die Bundesregierung will mit einer Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) die Unabhängigkeit der Bundesnetzagentur stärken. Sie kommt damit einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) aus dem September 2021 nach. Über das Urteil und die Position der Bundesnetzagentur (BNetzA) sprach energate mit Wiegand Laubenstein, Rechtsanwalt der Kanzlei Rosin Büdenbender und ehemaliger Vorsitzender Richter am OLG Düsseldorf.

energate : Herr Laubenstein, die Bundesnetzagentur muss sich als unabhängige Behörde neu aufstellen. Wird das Unionsrecht dadurch gestärkt?

Laubenstein : Die weitgehende Unabhängigkeit der Bundesnetzagentur bestand bereits vor der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs. Das Urteil enthält insoweit auch keine materiellen Rügen. Dem Gerichtshof ging es in seiner Entscheidung um den Adressaten, der in den Richtlinien Strom und Gas vorgesehen ist. Adressat der Richtlinien ist die Bundesregierung nur insoweit, als sie die Regulierungsbehörde als unabhängige Institution einzurichten hat. Diese soll ermächtigt werden, die näheren Bedingungen zum Netzzugang und zur Netzentgeltregulierung auszuformen.

Im Referentenentwurf zur EnWG-Novelle, den die Bundesregierung vorgelegt hat, werden jetzt alle Inhalte erfasst, die in den Netzzugangs- und Netzentgeltverordnungen und der Anreizregulierungsverordnung geregelt sind, und diese werden umgeleitet an die richtige Adresse, in Form von Festlegungskompetenzen der Bundesnetzagentur. Ich sehe das sehr positiv. Das ist vom Gesetzgeber sehr sachlich und unaufgeregt gehandhabt worden.

energate : Wie verändert sich die Position der Bundesnetzagentur im Verhältnis zum Bundeswirtschaftsministerium oder zur EU-Kommission?

Laubenstein : Da sehe ich keine Änderung. Die Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde bedeutet nicht, dass unsere Bundesnetzagentur aus der bestehenden Struktur ausscheidet oder in eine

Sonderstellung rückt. Sie bleibt dem BMWK nachgeordnet, die Dienstaufsicht verbleibt beim Ministerium. Sie dürfen die BNetzA nicht gleichsetzen mit zum Beispiel der Bundesbank. Diese ist integraler Bestandteil des europäischen Systems der Zentralbanken. So ist die BNetzA nicht eingeordnet. Sie ist keine ausführende Stelle der Kommission. Sie ist auch nicht verpflichtet, sich in Regelungsverfahren mit anderen europäischen Regulierungsbehörden abzustimmen. Die BNetzA wird auch nicht der parlamentarischen Kontrolle entzogen. Die Bestimmung der Behördenleitung wird weiterhin vom Parlament oder von der Regierung vorgenommen.

energate : Wie steht es um den Rechtsschutz? Wie und wo können sich Netzbetreiber gegen Entscheidungen der Regulierungsbehörde zur Wehr setzen?

Laubenstein : Die Richtlinie verpflichtet die Mitgliedsstaaten, sicherzustellen, dass auf nationaler Ebene geeignete Verfahren bestehen, die einer betroffenen Partei das Recht geben, gegen eine Entscheidung bei einer unabhängigen Stelle Beschwerde einzulegen. Das ist nichts anderes als eine Rechtsschutzgarantie, also der Rechtsweg ist eröffnet und darf nicht verschlossen werden. Die Vorschriften über das Beschwerdeverfahren sind im Referentenentwurf der Regierung auch weitestgehend unverändert.

Eine wesentliche Verfahrensänderung finden wir allerdings in § 73. Dort heißt es jetzt: Die Regulierungsbehörde hat ihre Entscheidungen umfassend zu begründen, sodass die sie tragenden Teile der Begründung von einem sachkundigen Dritten ohne weitere Informationen und ohne sachverständige Hilfe aus sich heraus nachvollzogen werden können. Das ist ein Begründungserfordernis, das man nicht unterschätzen darf und das die Netzbetreiber auch in den Stand versetzt, Entscheidungen zu überprüfen.

Weiter heißt es: Liegen der Entscheidung der Regulierungsbehörde ökonomische Analysen zugrunde, müssen diese dem Stand der Wissenschaft entsprechen. Das muss im Einzelnen durch die Rechtsprechung ausformiert werden. Aber bei der Eigenkapitalverzinsung oder dem Xgen geht es um Milliardenbeträge, da schadet es nicht, wenn wir verschiedene Methoden gutachterlich gegeneinander abwägen.

energate : Werden die Gerichte der EU künftig eine größere Rolle in Regulierungsfragen spielen?

Laubenstein : Fehler der Behörde werden nicht zu einem Vertragsverletzungsverfahren führen. Die Bundesnetzagentur ist nicht Vertragspartei der Europäischen Verträge. Es gibt natürlich weiterhin die Möglichkeit eines Vorlageverfahrens zum EuGH, aber das ist Bestandteil der nationalen Gerichtsverfahren. Generell ändert sich am Rechtsschutz nichts.

energate : Sie rechnen auch nicht damit, dass mehr Fragen dem EuGH vorgelegt werden?

Laubenstein : Dass jetzt grundlegende Fragen auftauchen, die vorgelegt werden müssen, sehe ich eigentlich nicht, denn inhaltlich

hat der EuGH ja gar nichts gerügt. An der Verfahrenslandschaft wird sich nach meiner ersten Einschätzung nicht viel ändern. Die Probleme liegen ja aktuell wieder auf dem Tisch. Wir verhandeln gerade über die EK1-Festlegung. Da geht jeder Prozentpunkt in die Milliarden und die Netzbetreiber bemängeln, dass sie im europäischen Vergleich am unteren Rand abgefunden werden. Daran ändert die aktuelle Ankündigung der Bundesnetzagentur, den Eigenkapitalzinssatz im Rahmen des Kapitalkostenaufschlags in 2024 von 5,07 auf 7,09 Prozent zu erhöhen, wenig. Denn dies betrifft ausschließlich Neuinvestitionen. An der zu geringen Verzinsung des Bestandsvermögens ändert dies nichts.

Und wir streiten über den Xgen, ob man nach mehreren Regulierungsperioden immer noch von einem Produktivitätsgewinnvorsprung der Netzwirtschaft ausgehen kann, wo es sich doch weitgehend um Bauleistungen handelt. Eine Frage, die sich im Grunde mit verschiedenen Indizes leicht nachprüfen lässt. An diesen Fragen arbeiten wir gerade, also die Netzwirtschaft, die Justiz und die Anwälte, und daran wird sich nichts ändern.

Die Fragen stellte Thorsten Czechanowsky



NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

E-MOBILITÄT

Stadtwerke-Ladenetzwerk fordert schnellere Genehmigungen

Aachen/Essen (energate) - 15. Millionen öffentliche Ladepunkte für Elektrofahrzeuge will die Bundesregierung bis 2030 ans Netz bringen - aktuell sind es erst etwas mehr als 85.000. Ein Problem: fehlende Flächen. Branchenvertreter wie der BDEW kritisieren den Missstand seit Langem, auch Ann Sarlette vom Roaming-Ladenetzwerk Smartlab sieht das problematisch. Kommunale Flächen seien zum Teil bereits ausgereizt, sagte Sarlette im Interview mit energate. Ihr Unternehmen vernetzt die Ladepunkte von Stadtwerken - etwa ein Drittel macht schon mit - und bietet Dienstleistungen rund ums Laden an, auch nicht-kommunalen Akteuren. Insbesondere der Bund bleibt bei dem Flächenthema hinter den eigenen Ankündigungen zurück, eigene Flächen bereitzustellen - das offizielle Flächentool verzeichnet Stand heute keine bundes-eigenen Flächen. Sarlette setzt angesichts dessen auch auf private Flächen - etwa über Kooperationen.

Doch damit nicht genug: Noch immer können Genehmigungsverfahren für neue Ladesäulen sehr langwierig sein, berichtet Sarlette weiter. Weil benötigte Komponenten erst bei vorliegender Genehmigung bestellt würden, zögen sich Projekte unnötig in die Länge. "Hier würde ich mir eine Beschleunigung wünschen." Ebenso beim Netzausbau. Denn ohne ausreichende Kapazitäten, wird es mit dem 15-Millionenziel eng, ist Sarlette überzeugt. Ein großes Hemmnis sieht sie darüber hinaus im Förderwirrwarr. Denn nach wie vor trägt sich das Geschäft mit Ladeinfrastruktur nicht von allein.

Unternehmen bauen daher oftmals nur, wenn sie die öffentliche Hand dabei unterstützt. Allerdings seien an die Mittelvergabe nicht selten zu spezielle Vorgaben geknüpft und die Vergabe insgesamt zu restriktiv. Der Bundesverband E-Mobilität hatte sich im März außerdem bereits "besorgt" über die stockende - fahrzeugseitige - Förderpolitik der Regierung geäußert.

Dafür haben die kommunalen Versorger seit dem Start der E-Mobilität ihre Kompetenzen erweitert. "Mittlerweile haben viele Stadtwerke eigene Abteilungen, die sich darum kümmern", weiß Sarlette aus der Praxis. Denn allen sei klar, das Thema wird größer.

Das gesamte Interview mit Ann Sarlette, Bereich Marketing und Kommunikation bei Smartlab, lesen Sie [hier](#).

Von Daniel Zugehör

WASSERSTOFF

Ammoniak-Cracker-Pilot in Rostock

Karlsruhe (energate) - Im Hafengebiet Rostock könnte ein sogenannter Ammoniak-Cracker entstehen, mit dem Wasserstoff aus Ammoniak zurückgewonnen werden kann. Der Energiekonzern EnBW, seine Gastochter VNG und das japanische Energieunternehmen Jera haben eine Absichtserklärung für eine Machbarkeitsstudie zum Bau einer Demonstrationsanlage unterzeichnet. Ist der Pilot im Hafengebiet tatsächlich realisierbar, soll dieser "Erkenntnisse hinsichtlich der Prozessoptimierung, der Organisation von Angebot und Nachfrage sowie der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette" bringen.

Mithilfe von Ammoniak kann der Energieträger Wasserstoff über weite Strecken transportiert werden. Die Unternehmen wollen das Ammoniak in Rostock zurück in Wasserstoff umwandeln und anschließend zu den deutschen Verbrauchern weiterleiten. Zur Anlandung soll ein bestehendes Ammoniak-Terminal genutzt werden. Für Japan spielt Wasserstoff eine große Rolle bei der Energiewende. "Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit führenden europäischen Energieunternehmen wie EnBW und VNG, deren strategische Ausrichtung und Ziele stark mit unseren übereinstimmen", sagte der Vorstandsvorsitzende bei Jera, Yukio Kani. Ammoniak-Cracking sei ein wichtiger Baustein bei der Einrichtung einer stabilen Ammoniak-Wertschöpfungskette. Zum Zeitplan und den Kosten des Projekts wollte EnBW mit Verweis auf das frühe Stadium keine Angaben machen. /mh

Von Michael Hahn

KOOPERATION

Plugsurfing ermöglicht laden und parken

Berlin (energate) - Der Roaming-Ladedienst Plugsurfing will das Bezahlen von Ladestrom in seinem Netzwerk vereinfachen. E-Autofahrerinnen und -Fahrer brauchen künftig nur noch ihr Auto mit der Ladesäule verbinden - der Rest soll digital ablaufen. Auch zusätzliche Services wie die Parkplatzsuche sind geplant. Möglich mache das eine Kooperation mit dem Dienstleister Parkopedia, teilte

Plugsurfing mit. Ziel ist demnach, ein nahtloses Lade- und Parkerlebnis zu bieten. Kundinnen und Kunden sollen in Zukunft nicht nur Parkplätze und Ladesäulen suchen und bezahlen können. Auch konventionelle Kraftstoffe und Mautgebühren können darüber abgerechnet werden. Plugsurfing hat nach eigenen Angaben mehr als 500.000 Ladepunkte in Europa und Großbritannien angebunden, Parkopedia wiederum 90 Mio. Parkplätze in 90 Ländern. /dz

Von Daniel Zugehör

ADD-ON NEUE MÄRKTE

"Netzausbau muss dem Ladenetz vorangehen"

Aachen (energate) - In dem Roaming-Ladenetzwerk von "SMART/LAB" ist aktuell ein Drittel der deutschen Stadtwerke organisiert. Smartlab bietet daneben auch Dienstleistungen wie die Abrechnung von Ladestrom an. Über das besondere Netzwerk, den Netzausbaubedarf und "Stammladesäulen" sprach energate mit Ann Sarlette, Bereich Marketing und Kommunikation:

energate: Frau Sarlette, Stadtwerke haben sich in der Vergangenheit oft schwer getan mit Themen wie Elektromobilität. Wie ist es heute?

Sarlette: Mittlerweile haben viele Stadtwerke eigene Abteilungen, die sich darum kümmern. Gerade weil das Thema immer größer wird und es für sie als Stromversorger natürlich ein interessanter Bereich ist, den sie gerne ausbauen wollen. Dabei unterstützen wir unsere Kunden. Allerdings gibt es hier noch viele Hemmnisse: Zum Beispiel hapert es oft daran, dass viele Genehmigungen und viele Gänge zu Ämtern nötig sind. Oder dass Förderungen nicht evident sind, also nur für spezielle Bereiche vorgesehen sind oder aber nur sehr kritisch vergeben werden.

energate: Warum richtet sich Smartlab insbesondere an kommunale Versorger?

Sarlette: Stand heute sind 260 der 900 Stadtwerke in Deutschland bei uns unter der Marke "ladenetz.de" angesiedelt, das ist rund ein Drittel. Daneben bieten wir mit "ladebusiness" unsere Dienstleistungen auch Unternehmen an, die sich nicht über das lokale Stadtwerk an uns wenden. Wir bieten ein modulares Produkt, das sich die Kunden je nach Bedarf zusammenstellen können. Und die Bedürfnisse der Stadtwerke sind sehr unterschiedlich. Abhängig von der Größe benötigen sie beispielsweise bestimmte Abrechnungstools, etwa um das Laden von Dienstwagen beim Unternehmen beziehungsweise zuhause abrechnen zu können. Ladetechnik selbst bauen wir nicht auf, nennen auf Nachfrage aber gern passende Ansprechpartner.

energate: Konnektivität spielt auf dem jungen Markt Elektromobilität eine wachsende Rolle. Wie geht Smartlab diese Herausforderung an?

Sarlette: Wir sind komplett herstellerunabhängig. Bei uns kann sich jeder mit den Ladesäulen anbieten, die er schon hat oder aber noch aufbauen möchte. Dadurch sind weder wir noch unsere Kunden auf eine bestimmte Technologie festgelegt.

energate: Wenn wir einmal auf den Hochlauf als Ganzes blicken: Brauchen wir die 15 Mio. Ladepunkte der Bundesregierung oder vor allem einige leistungsfähige Ladehubs?

Sarlette: Erstmal brauchen wir eine gesicherte Stromversorgung. Die ist derzeit oft noch nicht gegeben. Um aber so eine Zahl an Ladepunkten aufbauen zu können, ist eine ausreichende Netzkapazität nötig. Der Netzausbau muss dem Ladenetzausbau vorangehen. Wir sehen bei uns die Tendenz, dass die Endkunden gewohnheitsmäßig eher an den langsameren AC-Ladesäulen laden - nicht weit weg vom eigenen Zuhause und an ihren Stammladesäulen. Die schnelleren DC-Lademöglichkeiten nutzen sie eher auf längeren Fahrten oder Reisen, wenn die Zeit knapp ist. DC-Säulen haben das größte Potenzial, Menschen für ein E-Auto zu begeistern. Das ist komfortabler und erinnert an das Tanken an der Tankstelle. In unserem europäischen Netzwerk sind aktuell über 188.000 Ladepunkte angebunden, davon in Deutschland rund 48.000. Der überwiegende Teil davon sind öffentliche Ladepunkte, es gibt aber zum Beispiel auch Mitarbeiter-Wallboxen auf privatem Grund oder Lademöglichkeiten im halböffentlichen Raum, etwa Kundenparkplätze.

energate: Ein Problem, berichten Ladesäulenbetreiber, sind fehlende Flächen. Wie bewerten Sie das?

Sarlette: Das ist ein Problem, lokal jedoch unterschiedlich ausgeprägt. Manche Orte bieten viel Raum, andere sind eher restriktiv. Dort wird dann auf die drei Ladesäulen vor dem Rathaus verwiesen. Wichtig ist immer die Bedarfsanalyse, um transparent zu machen, wo es sich lohnt und wo nicht. Andererseits sind kommunale Flächen zum Teil bereits ausgereizt, das heißt, es muss auf private Flächen zurückgegriffen werden - etwa über Kooperationen.

energate: Der zweite Masterplan Ladeinfrastruktur ist aus Ihrer Sicht...

Sarlette: ... ambitioniert. Wir sind auf jeden Fall froh, dass das Thema E-Mobilität so immer weiter gebracht wird und mehr Akteure aus den verschiedensten Bereichen daran arbeiten, die Elektromobilität voranzutreiben.

energate: Abschließend die Frage, was ist die größte Hürde für ein flächendeckendes Ladenetz?

Sarlette: Es ist im Grunde ein Zusammenspiel aus all den Punkten, über die wir gesprochen haben. Jeder hat zwar lokal noch individuelle Themen, aber Hürden sind der Netzausbau, Flächen und Förderung. Fehlt eine dieser Voraussetzungen, wird es schwierig. Viele Unternehmen bauen beispielsweise nur, wenn sie auch Fördermittel erhalten - weil der Betrieb oft noch nicht wirtschaftlich ist. Dazu kommen die oft langwierigen Genehmigungsverfahren, wodurch sich Projekte unnötig in die Länge ziehen, weil die benötigten Komponenten erst bei vorliegender Genehmigung bestellt werden. Hier würde ich mir eine Beschleunigung wünschen.

Die Fragen stellte Daniel Zugehör.


ÖSTERREICH
MOBILITÄT

"Mobilitätswende nur mit E-Fuels erreichbar"

Wien (energate) - Bei der Frage nach der Mobilität der Zukunft dürfe keine Entweder-Oder-Mentalität vorherrschen. Neben der Elektromobilität werde es für eine rasche Mobilitätswende auch alternative Kraftstoffe, wie E-Fuels, benötigen

, sagte Helmut Eichlseder von der TU-Graz bei einer Veranstaltung der E-Fuel-Alliance Österreich in Wien. Selbst mit ehrgeizigen Zielen im Bereich der Elektromobilität werde die Klimaneutralität im Sektor nicht erreicht werden können. Dies liege vor allem an der Lebensdauer von fossil betriebenen Bestandsfahrzeugen. Ein weiteres Problem ergibt sich aus der Bereitstellung der notwendigen Energie für die erneuerbare Elektrifizierung von Fahrzeugen. Diese könne nicht allein in Europa produziert werden, meinte Eichlseder.

Wirkungsgrade relativiert

Um die in Drittstaaten erzeugte Elektrizität zu speichern und zu transportieren, brauche es dann flüssige oder gasförmige Medien, wie etwa E-Fuels. Da erneuerbare Technologien wie Photovoltaik oder Windkraft an den geeignetsten Standorten höhere Wirkungsgrade erzielen, relativiere dies auch das vielgebrachte Argument gegen synthetische Kraftstoffe, sagte der Experte von der TU-Graz. Nur in der Kombination von E-Fuels mit Elektromobilität seien die Klimaziele im Verkehrssektor erreichbar.

E-Fuels als Transport- und Speichermedium

Rund 85 Prozent der weltweit verwendeten Energie basiert auf fossilen Energiequellen, informierte Georg Brasseur, ebenfalls von der TU-Graz. Davon wiederum seien nur circa 17 Prozent Strom. Auch aus erneuerbaren Technologien lasse sich nur Strom und kein transportfähiger Energieträger gewinnen. Die Lösung hierfür bieten E-Fuels. Europa war in der Vergangenheit nicht energieautonom und werde es auch künftig auch nicht werden. 2019 lag die Energieimportquote in Europa bei 58 Prozent, betonte Brasseur.

Da es keine interkontinentalen Stromhochspannungsleitungen gebe, müsse der Kontinent den benötigten Strom aber selbst produzieren. Auch seien keine Transportmöglichkeiten für Wasserstoff, etwa Leitungen oder Schiffe, vorhanden. Werde der Wasserstoff aber gebunden, etwa an Stickstoff oder Kohlenstoff, könnten daraus transportfähige E-Fuels entstehen. Es brauche grüne Elektronen und Moleküle, meinte der Experte. Dann sei eine Energiewende möglich. Dabei sei es wichtig einen Fokus auf synthetische Kraftstoffe zulegen. Biogene Treibstoffe in großer Menge zu produzieren, hält Brasseur für gefährlich, da dadurch die Diversität der Erde gestört werde. Entscheidend sei es Kohlenstoff und auch Stickstoff im Rahmen einer Kreislaufwirtschaft zu verwenden. Alle europäischen Länder sollten in diesem Sinne zusammenarbeiten.

Die Erreichung der Klimaziele dürfe nicht auf Kosten der Leistbarkeit von Mobilität erfolgen, meinte Bernhard Wiesinger vom Mobilitätsclubs ÖAMTC. Auch müsse die individuelle Mobilität sichergestellt werden. Elektromobilität sei ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur Mobilitätswende. Lösungen und Technologien sind vorhanden, nur der politische Wille zur Nutzung fehle, meinte Wiesinger. Laut Prognosen werden 2030 noch circa ein Drittel fossil betriebener Bestandsfahrzeuge auf Österreichs Straßen unterwegs sein. Mit dem Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel, rückläufiger, privater Mobilität sowie Preiserhöhungen bei fossilen Kraftstoffen sei das Problem der Bestandsfahrzeuge nur unzureichend gelöst. Hierfür brauche es alternative Kraftstoffe, wie E-Fuels, sowie die entsprechenden Rahmenbedingungen, meinte der ÖAMTC-Experte. /af

Von Alexander Fuchssteiner

NETZE

Grünes Licht für Sanierung der Ennstalleitung

(energate) - Das Verwaltungsgericht Wien hat die Bau- und Betriebsbewilligung für die Generalerneuerung der 220-kV-Leitung im Ennstal genehmigt. Die APG investiert dabei 145 Mio. Euro in die Sanierung der Leitungsanlage zwischen dem Umspannwerk Weißenbach in der Steiermark und dem Einbindepunkt Wagrain in Salzburg. Ein UVP-Feststellungsverfahren wurde bei der Landesregierung Steiermark 2020 eingereicht. Laut Behörde ist die Erneuerung der Leitung nicht UVP-pflichtig und nach dem Starkstromwegegesetz (StWG) zu genehmigen. Die Ennstalleitung ist Teil des APG-Investitionsprogramms bis 2032. Dabei werden insgesamt 3,5 Mrd. Euro in eine versorgungssichere Transformation des Energiesystems investiert, sagte APG-Sprecher Christoph Schuh. Die Sanierungsarbeiten finden von 2025 bis 2027 statt und werden nach Fertigstellung der Salzburgleitung in Angriff genommen.

Alle Komponenten erneuert

Dabei werden Maste, Fundamente, Seile, Erdung und Armaturen der 1949 in Betrieb genommenen 220-kV-Leitung erneuert. Das bestehende Einfach-Seil wird durch ein sogenanntes Zweierbündel ersetzt, wodurch die Übertragungsleistung der 73,2 Kilometer langen Leitung erhöht wird, teilte der Übertragungsnetzbetreiber mit. Die Trasse bleibt bei der Generalerneuerung erhalten. Gleich bleibt nach Angabe der APG auch die Spannungsebene von 220 kV. /imk
Von Irene Mayer-Kilani

DIGITALISIERUNG

Verbund nutzt Analysesoftware für Energiespeicher

Wien/München (energate) - Verbund nutzt für die Analyse seiner Energiespeicher künftig die Software des deutschen Anbieters Twice. Ziel sei es, das Risiko bei der Einführung neuer Speichersysteme zu verringern und deren Betriebseffizienz zu optimieren, teilte das Münchner Technologieunternehmen mit.

Dabei liefert die Software "Digital Commissioning" wichtige Leistungsindikatoren, etwa den Gesundheitszustand und die Kapazität, um Anomalien im Energiespeicher zu erkennen. Hierfür ist lediglich eine Online-Verbindung zum Speicher erforderlich, erklärte Twice. Die gesammelten Daten dienen auch als Grundlage für die künftige Anlagenverwaltung und ermöglichen eine unabhängige Überprüfung von Herstellerdaten.

Die Software erleichtert auch den Vergleich zwischen verschiedenen Energiespeichersystemen. Digital Commissioning hilft dabei die Herausforderungen zu meistern, die sich aus einer zunehmend heterogenen Systemintegrator-Landschaft und immer größeren Batterie-Energiespeichersystemen ergeben, erklärte der Geschäftsführer von Verbund-Energy-4-Business, Martin Wagner. Gesteigerte Batteriespeicherkapazitäten führt zu komplexeren und kostenintensiveren Inbetriebnahmeprozessen, ergänzte Twice. Verbund plant laut eigenen Angaben bis 2030 in Deutschland eine Batteriespeicherkapazität von einem GW zu installieren. **/af**

Von Alexander Fuchssteiner

ENDKUNDENPREISE

Preise: Gegenläufige Trends bei Kelag und Illwerken

Klagenfurt/Bregenz (energate) - Bei den Vorarlberger Illwerken VKW sinkt ab Juli sowohl der Strompreis als auch der Gaspreis - die Kärntner Kelag dagegen hebt ihre Stromtarife an. Die Arbeiterkammer will die Preiserhöhung überprüfen und "gegebenenfalls rechtliche Schritte setzen." Mitte Mai hatte die Arbeiterkammer bereits eine Musterklage gegen Preiserhöhungen bei der Tiroler Tiwag eingebracht. Die Illwerke senken ab Juli ihren Strompreis von aktuell 24 auf 18,7 Cent/kWh (netto ohne Umsatzsteuer) und garantieren, ihn bis Ende März 2025 nicht mehr zu verändern. Auch der Gaspreis soll ab Juli sinken, kündigt der Versorger nun an. Der Nettopreis für Gas soll ab Juli von 10,8 Cent auf 7,3 Cent/kWh sinken und dann bis Ende März kommenden Jahres gelten. Es sei der Zeitpunkt gekommen, beim Erdgas etwas zu tun, erklärte dazu Vorstand Christof Germann. Steigen werde dieser Gastarif bis Ende März nicht, Rabatte seien jedoch möglich.

Einheitliche Preise bei der Kelag

Die Kelag betont zu ihrem Schritt, eineinhalb Jahre lang die Preise unverändert auf einem der niedrigsten Niveaus in Österreich gehalten zu haben. Aktuell zahlen Bestandskunden bei der Kelag für Strom 13,04 Cent/kWh (10,87 Cent/kWh netto), bei Neukunden sind 32,40 Cent/kWh (27,00 Cent/kWh netto) fällig. Diese Preise will der Versorger in den nächsten Wochen für alle Endkunden vereinheitlichen. Ab Mitte Juni beträgt der Neukundentarif 24,84 Cent/kWh (20,70 Cent/kWh netto), in den alle Kunden mit höheren Tarifen wechseln können.

Ab August zahlen dann alle Kunden einen Tarif von 24,84 Cent/kWh (20,70 Cent/kWh netto). Bei einem durchschnittlichen Jahres-

verbrauch von 3.500 kWh bedeute das im Vergleich zum heutigen Preis für Bestandskunden eine Verteuerung von rund 11 Euro im Monat, erklärte die Kelag dazu. Als Alternative zum einheitlich höheren Tarif bietet der Versorger seinen Bestandskunden mit Verbrauchsanlagen das Produkt "Kelag Strom Vorteil" mit einem auf ein Jahr festgelegten Fixpreis von 19,80 Cent/kWh (16,50 Cent/kWh netto). Hier gebe es im Verhältnis zum früheren Bestandspreis monatliche Mehrkosten von sechs Euro, hieß es.

Rabatte bei Wärmepumpen und Elektroheizungen

Mehr als die Hälfte der Bestandskunden in Kärnten verbraucht weniger als 2.900 kWh pro Jahr und profitiert daher von der bundesweiten Strombremse. Für Haushalte mit einer Wärmepumpe oder einer Elektroheizung gilt ab einem Verbrauch von 3.500 kWh ein reduzierter Preis von 22,44 Cent/kWh (18,70 Cent/kWh netto), über dieser Marke kostet der Strom bei der Kelag 17,40 Cent/kWh (14,50 Cent/kWh netto).

Arbeiterkammer spricht von "rechtlichen Schritten"

Die Arbeiterkammer (AK) übte Kritik an der Entscheidung und sprach von möglichen rechtlichen Schritten. "Während andere Energieanbieter in Österreich ihre Preise wegen sinkender Weltmarktpreise reduzieren, gehen sie in Kärnten rauf", so Günther Goach (SPÖ), der Chef der Kärntner Arbeiterkammer. Derzeit offen ist eine Klage der Arbeiterkammer gegen die Tiroler Tiwag. In dieser Klage geht es um Preiserhöhungen der Tiwag vom Vorjahr, die auf dem Strompreisindex ÖSPI basieren.

Bei der Kritik an der Kelag wendet sich die AK nun gegen das Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz (EIWOG), das vielen Versorgern bei der Begründung ihrer Preisanpassungen als alternative Grundlage zum ÖSPI dient. Heimische Versorger beklagen seit Jahren die Rechtsunsicherheit sowohl beim Bezug auf den ÖSPI als auch auf den EIWOG - die Arbeiterkammer tut das nun ebenfalls. Der Bundesregierung sei es nicht gelungen, "einfache und sichere Regeln für die angemessene Änderung der Strompreise zu schaffen", so Goach. **/pm**

Von Peter Martens

STROMPREISINDEX

Strompreise im Großhandel sinken

Wien (energate) - Der Österreichische Strompreisindex (ÖSPI) ist im Juli 2023 gegenüber dem Vormonat um 13,4 Prozent gesunken. Im Vergleich zum Juli 2022 liegt der ÖSPI, der von der Österreichischen Energieagentur errechnet wird, um 51,5 Prozent höher. Bezogen auf das Basisjahr 2006 erreicht der Index im Juli 2023 einen Stand von 498,22 Punkten. Der Grundlastpreis (511,38 Indexpunkte) ist gegenüber Juni 2023 um 12,9 Prozent gesunken. Im Jahresvergleich steigt er um 48,4 Prozent. Die Situation beim Spitzenlastpreis (470,21 Indexpunkte) sieht folgend aus: Der Index weist im Monatsvergleich ein Minus von 14,6 Prozent und im Jahresvergleich ein Plus von 59 Prozent auf. **/imk**

Von Irene Mayer-Kilani